

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

12 (16.1.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-82332](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-82332)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochtaer Zeitung, Danner Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3,45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,87 Mark, zweimonatlich 2,20 Mark, durch die Post frei ins Haus 2,58 Mark, einmonatlich 1,15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1,29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 9 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restamege 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Wittwoch), Heideblumen (Freitags).

[Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Feiertage nicht beigelegt.]

Nr. 12. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfachkonto: Hannover 7908. Wochta, Donnerstag, 16. Januar 1919. Zweiggeschäftsst. i. Oldenburg: W. Barckmann, Achterstraße 51, Fernspr. 1032. 86. Jahrgang

Christentum oder Sozialismus.

Am 19. Jan. soll entschieden werden: Ob unser neuer Volksstaat auf christlicher oder auf christenunselbstlicher Grundlage gebaut werden soll?

Unsere Pflicht

Es ist für die christlichen Ideale einzutreten, gegen den Feind unserer christlichen Kultur, gegen den Sozialismus. Christlicher Wähler, christliche Wählerin! Keiner darf fehlen. Jede Stimme gehört dem

Zentrum (Christliche Volkspartei).

Zentrum und Soldatenwünsche.

Es ist nur zu erklärlich, daß mit der langen Dauer des Krieges neben den guten, erhebenden Erscheinungen sich auch schwere Schattenseiten und Missetaten zeigten, von denen die Klagen der Mannschaften in Front und Heimat unablässiges Zeugnis ablegten. Um sie wirksam abzuschaffen, mußte in steigendem Maße auch die Volkserziehung eingreifen. Das ist sowohl im Reichstag als auch in den Landtagen und Versammlungen seitens aller Parteien reichlich geschehen, und die zukünftigen amtlichen Stellen haben Rede und Antwort gestanden, auch ihre Bereitwilligkeit erklärt, auf Abstellung der Klagen und Erfüllung der Wünsche nach Möglichkeit zu drängen. Zwar blieb ihr Wille mitunter oft wirkungslos. Es wäre somit wünschenswert, wollte jetzt vor den Wahlen die eine oder andere Partei für sich beanpruchen, in ganz besonderer Weise für die Klagen und die Wünsche der Truppen angenommen zu haben. Alle Parteien haben in der Soldatenfrage ihre Pflicht getan. Und wenn ihrer Bemühungen nicht immer ein Erfolg zuteil wurde, so kam das teils daher, daß die Verhältnisse vielfach härter waren als der gute Wille der Menschen, teils daher, daß es auch unter den Vorgesetzten tüchtigste Menschen gab, die sich über die Zurechtweisungen und Vorlesungen hinwegsetzten.

Dem Zentrum umstellte bereits in einer der ersten Reichstagsitzungen nach Kriegsbeginn, am 12. Dezember 1914 und ähnlich am 20. August 1915, sein Führer Dr. Spahn den programmatischen Satz an: „Wir sind fest entschlossen, die soziale Fürsorge, insbesondere für alle Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte, wirksam auszuüben.“ Dieser Satz ist denn auch der Keimstein für das weitere Verhalten und Aufstreben der zahlreichen übrigen Zentrumsmitglieder im Reichstag gewesen, die sich sowohl in dessen Vollversammlungen als auch ganz besonders im Hausbundesrat in der verschiedensten Weise der Soldatenwünsche angenommen und berechtigte Beschwerden von dem Lande zum Ausdruck gebracht haben. Deren Zahl war leider von Jahr zu Jahr größer und betraf die mannigfachen Dinge in Front und Heimat.

Obwohl die längere Dauer des Krieges die Einziehung auch nicht gebietet, älterer Leute notwendig machte, wurden Klagen sowohl aus der Front als auch aus den Erfahrungsstellen lauf über vielfach unangemessene

Behandlung
der Heerespflichtigen, sei es nun in Worten, sei es in Taten. Sie wurde besonders hart empfunden, wenn sie von jüngerem Anstellungspersonal ausging und ältere Mannschaften betraf. Hier waren es n. a. die Abgeordneten Raab, S. u. S. Schirmer, die am 17. Januar 1918, S. u. 7. Mai 1917 wiederholt sich gegen unzureichende Behandlung oder gar Mißhandlungen wandten, und darum eine sorgfältige Auswahl des Anstellungspersonals und dessen Beaufsichtigung durch höhere Vorgesetzte verlangten. Der Abg. Dr. Wittich drückte am 11. Juni 1918 diesbezügliche Klagen auch auf die Lazarett- und sonstigen Heilanstalten aus.

Wünschenswert ist es mit der **Verpflegung**, über die namentlich seit dem Steigen der allgemeinen Lebensmittelpreise mehr und mehr

Klagen aus Feld und Kaserne einliefen. Zur Abstellung ihrer beschwerenden Zustände, die Quellen starken Unmuts waren, forderten am 5. Mai 1917 der Abgeordnete Str., am 16. Mai 1917 und am 11. Juni 1918 der Abgeordnete Dr. Wittich, am 7. Mai 1917 der Abgeordnete Schürmer nachdrücklich, daß an Verpflegung und sonstigen Sachverhältnissen jeder Soldat das erhalte, was ihm von Rechts wegen zustehe. Schürmer kritisierte die Abgeordneten etwaige Versuche gewissermaßen Vorgesetzter, den Mannschaften die ihnen zukommenden Mengen zu entziehen und verlangte für Verpflegungen entsprechende Verpflegungsscheine. Auch hier bildeten die Lazarette mehrfach wieder den Gegenstand ganz besonderer Ausführungen.

Um im Laufe der Zeit eine Verbesserung der Verpflegung herbeizuführen, beantragte bereits am 28. August 1915 der Abgeordnete Spahn eine Erhöhung des Verpflegungssatzes auf 1,20 Mk. täglich. Zu gleichem Zweck befürwortete der Abgeordnete Schürmer am 17. Januar 1916 eine Verbilligung der Postbeförderungsgebühren für Soldatenpakete, um so eine Zulieferung von Lebensmitteln an die Front zu erleichtern und etwas mehr Abwechslung in die Verpflegung dort hineinzubringen. Abgeordneter Wittich betonte endlich am 11. Juni 1918 die Notwendigkeit besonderer Fürsorge für die Verpflegung der durchreisenden Truppen, um diese vor Überforderungen auf den Bahnhöfen zu schützen.

Zur Lage im Reich.

Zustände in Berlin.

Die planmäßige Entlohnung hat Montag früh um 7 Uhr 30 Min. begonnen. Moabit ist besetzt bis zum Verbindungskanal, und die dortigen Brückenübergänge über den Verbindungskanal sind gleichfalls besetzt. Besetzt sind die Wägen, der Landesausstellungspark usw. Die Besetzung ist unblutig verlaufen. Die Arbeit wird fortgesetzt. Die Besetzung und Entlohnung ist nötig, damit keine Störung der Wahlen möglich ist.

Es handelt sich um eine groß angelegte Aktion, durch die das heute vornehmliche Gebot der Waffensablieferung für jedermann, der nicht zur Ausübung dienstlicher Funktionen der Schießwaffe bedarf, lückenlos durchgeführt werden soll. Alle Fabriken, die großen Mäshen und andere industrielle Unternehmungen waren militärisch besetzt. Der Generalstreik ist zum großen Teil beendet. Das Fernsprechnetz Moabit war gestern vormittag für Privatgespräche gesperrt und nur militärische Gespräche waren zugelassen. Das Unterdrückungsgefangnis Altimarkt, wo man Verbreitungsverleger in der Untersuchung genommenen Spartakisten befristet, ist militärisch gesichert. Die Siemens-Schuckert-Werke waren bereits seit Donnerstag, als sie von Spartakisten angegriffen wurden, von Regierungstruppen besetzt. Es wird in ihnen gearbeitet. In den Deutschen Waffen- und Munitionswerken geht man den dort befindlichen Spartakuswächtern energisch zu Leibe.

X Berlin, 15. Jan. (Drachb.) Die gestrige Säuberung des Moabiter Stadtteils vollzog sich, wie das „B. Z.“ mittelt, mit überblühender Schnelligkeit. Zahlreiche Spartakusleute wurden gefangen. Oberst Reinhardt, der die Operationen der Regierungstruppen leitete, widersprach verschiedenen wilden Gerüchten. U. a. wurde das Gerücht verbreitet, daß mehrere Arbeiter der Munitionsfabriken in Moabit handrechtlich erschossen seien. Das ist nicht wahr.

Auf Post. Jg. 1918 vollzog sich die Ablieferung der Waffen ruhig. Bis zum Abend wurden rund 3500 Gewehre sowie eine Anzahl Revolver und Brunningspistolen abgeliefert. Auch Maschinengewehre wurden beschlagnahmt, zum Teil auch freiwillig abgegeben. Abends wurde die Ablieferung wieder aufgehoben. Es verblieben noch Sicherheitsposten in den Straßen. Die Haupttruppen wurden zurückgezogen.

Wie der „Loh.-Anz.“ hört, wird die Säuberung von Spartakusbänden heute im Innern der Stadt fortgesetzt werden.

Der Eisenbahnstreik ist abgemeldet worden. Die Radikalen haben, wie die „Volksztg.“ sagt, wieder eine schwere Niederlage erlitten. Die Arbeiter haben sich diesmal nicht einschüchtern lassen; sie haben die Arbeit fast überall wieder aufgenommen.

Neue Schieferereien.

Auch in der Nacht zum Dienstag kam es in verschiedenen Stadtbezirken zu Schieferereien, so im Zeitungsquartier, an der Reppingerstraße und

auch am Hallschen Tor. Dort versuchten Spartakisten die Grenzgarnerie durch Gasbomben auszuräubern, wurden aber abgeschlagen.

Schwere Unruhen in Bremen.

Am Dienstag wurden auf einen angeblichen Befehl des Soldatenrats die Wehrbrigaden durch Militär beschuldigt, Aufständische in Stellung gebracht zu sein. Um 4 Uhr zogen etwa 1000 Arbeiter auf Postautos nach Gröden, um die Arbeiter der A.-G. Weser zu entlassen. Doch diese waren alarmiert, und auf beiden Seiten setzte sich Gewehren und Maschinengewehren der Kampf ein. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Verhandlungen, die eingeleitet wurden, führten zur Waffenruhe. Der Stadtkommandant Eckh und mehrere Mitglieder des A.-R. waren verhaftet worden. Vor der Kaiserbrücke, die von Militär besetzt war, kam es zu förmlichen Kundgebungen. Eine Salve über die Köpfe der Menge hinweg richtete keinen Schaden an. In der Aufregung wurde bekanntgegeben, daß es zwischen Soldatenrat und Arbeiter zu einer Einigung gekommen sei, die Arbeiter bestellten ihre Waffen. Die Menge verlangte Entlassung der Brüder, was auch geschah. Die vom Soldatenrat Verhafteten sind wieder freigelassen. Eckh, der Bremer Stadtkommandant, erklärte seinen Rücktritt von seinem Posten und von weiterer politischer Tätigkeit.

Eine am späten Abend vom Soldatenrat erfolgte Erklärung stellt fest, daß keinerlei Gegenrevolution geplant sei, sondern daß der S.-R. und die Garnison hinter der sozialistischen Republik Bremen stehen.

Man erwartet, daß heute das Fahrpersonal der Bremer Straßenbahn wieder Lohnforderungen in den Streik treten wird.

Verhinderung einer Volksmission durch Sozialdemokraten.

Bamberg, 10. Jan. Vom 5. bis 10. Januar wollte die katholische Pfarrgemeinde Trunstadt, Diözese Bamberg, eine Volksmission abhalten. Die Gläubigen sollten zu jeder Predigt drittgedrängt die Kirche. Am Dreißigstagsmittags 1 Uhr erschienen pünktlich bei Herrn Pfarrer Ames und dem Missionsprediger drei junge Sozialdemokraten, protestierten gegen die Mission und verlangten, daß die Mission sofort abgebrochen werde. Auf Befragen, ob denn bei der Mission irgendwie über Politik oder Wahl etwas gesagt worden sei, erklärte die Deputation: „Nein, aber durch die Mission werden die Errungenschaften der Revolution gefährdet.“ ... (Ganz nach dem Muster der liberalen Kulturkämpfer in früheren Jahren. Die Schrift.) — Die Mission wurde am nachmittag zunächst unbehindert fortgesetzt. Später hörten Herr Pfarrer Ames und ein Missionsprediger. Unterdessen hatte sich ein Trupp von etwa 50-60 einquartierten Soldaten und eine Reihe ortsanfälliger Sozialdemokraten unter Vorantragung einer roten Fahne und eines Schildes mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Kapitalismus und den Pfaffen!“ vor die Kirche und das Pfarrhaus begeben. Nun begann zwischen Kirche und Pfarrhaus ein Schreien und Lärmen, das man das Geräusch abgesehen werden. Pfarrer: „Wenn die Mehrzahl der Pfarrei es verlangt, ja.“ Sozialdemokraten: „Nein, wir haben die Gewalt.“ ... Da die Geräusche nicht abgebrochen werden, versichern wir uns der Personen“, d. h. wir verhaften den Pfarrer und den Vater. Dem Bürgermeister und Polizeibeamten, die im Namen des Gesetzes auftraten, den Platz zu verlassen, schrien sie entgegen: „Es gibt kein Gesetz mehr!“ Vor der Kirche, wo der Vater noch Beichte hörte, schrien sie: „Heraus mit dem Kapuziner!“ Schließlich wurde der Pfarrer, unter Anwendung von Gewalt, aus dem Pfarrhaus herausgerissen und durch die Straßen gezerrt wurde, eilten die Frauen weinend in die Kirche und schrien: „Herr Vater, um Gottes Willen, sie haben den Pfarrer verhaftet.“ Als der Vater erklärte: „Wir meinen der roten Gewalt und schließten die Geräusche“, wurde dies von den Sozialdemokraten mit Hurra geschrien aufgenommen und der Pfarrer in Freiheit gelassen.

Der Herr Bürgermeister von Bamberg hat bei der Staatsregierung schriftlichen Protest gegen den Gewaltakt von Trunstadt eingelegt.

Somit ist es also, daß Pfarrer und Ordensleute heute von irgendeiner Motte ohne irgendeinen Grund in der Ausübung ihres Amtes behindert und verhaftet werden können. Was wird erst werden, wenn eine solche Wirtschaft durch die

Nationalversammlung Bestand erhielt? Wahrlich, jeder Katholik, jeder gläubige Protestant, jeder wirklich freireligiöser Mensch muß mit Nachdruck gegen einen solchen Terror protestieren. Der beste Protest ist der Wahlgang.

Der Ausfall der Wahlen in Bayern, Baden und Württemberg

hat einen großen Sieg des Bürgerturns gegenüber der Sozialdemokratie gebracht. Besonders schwer ist die Niederlage der Unabhängigen, die nur verhältnismäßig wenig Stimmen erhalten haben, in Württemberg von 1,3 Millionen Stimmen nur 40 000 und in Baden von 1 Million nur 140 000. Das Zentrum ist in Baden mit 40 Mandaten die stärkste Partei; in Württemberg marschiert es mit 31 Mandaten an dritter Stelle. Die deutsch-demokratische Partei wird sowohl in der bayerischen als in der württembergischen Nationalversammlung den Ausfall geben, da sie mit rechts und mit links eine Mehrheit zu bilden imstande ist.

Wahrung der Rechte der Unteroffiziere und Militärämter.

Die Reichsregierung hat am 30. November 1918 erklärt, daß an den Rechten der Militärämter und Unteroffiziere vorläufig nichts geändert werden soll. Die Regierung erklärt, die Wünsche der Unteroffiziere „wohlwollend im Auge zu behalten“. Diese Wünsche gehen dahin, daß 1. die von der alten Regierung ihnen gegenüber übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfang aufrecht erhalten und wirtschaftlich sichergestellt werden; 2. die jüngeren Kameraden, die infolge der unregelmäßigen Verhältnisse zu einem früheren Ausscheiden aus dem Dienst (evtl. Absetzung oder Vermindestung) erzwungen worden sollten, schadlos gehalten werden; 3. den Absetzern und Soldaten verboten wird, aktive Unteroffiziere, die Kapitalanten sind, gegen ihren Willen zu entlassen.

Unsere wirtschaftliche Not.

Die außerordentliche Erschwerung unserer wirtschaftlichen Lage durch den in weiten Kreisen angehenden Willen zu der intensiven Arbeit, die uns allen noch retten kann, dauert weiter an. Während die Arbeiterschaft unermüdlich und außerordentlich schnell wächst und es sich umständlich erweist, die Arbeitlosen aus den Großstädten in die Provinz und auf das flache Land herauszubringen, wo Beschäftigung für sie beschafft werden kann und, wie sich aus den Berichten der Arbeitsnachweisverbände ergibt, in großem Umfang auch bereits angeboten wird, sinkt auch in den Industrieerzweigungen, wo Stoffe und Material vorhanden sind, die Leistung in ganz erschreckendem Maße. Als überaus charakteristisches Beispiel mag angeführt werden, daß in einer sehr großen Lokomotivfabrik in der Umgebung Berlins, die vor der Revolution eine jeden Tag eine Lokomotive fertigstellte, im Monat Dezember auch nicht eine einzige Lokomotive vollendet worden ist. Dabei hat der Betrieb aufgefressen, die die volle Ausnutzung seiner Leistungsfähigkeit ermöglichen würden, und ist auch mit Rohstoffen hinreichend einbedeckt. Die Anforderungen nach Arbeitskräften im Bergbau und in der Landwirtschaft bestehen in großem Maße fort, doch läßt sich in einzelnen stillen Dörfern, z. B. in Westpreußen und Pommern, schon eine gewisse Minderung des Arbeiterbedarfs für die Landwirtschaft wahrnehmen, während die unbefriedigte Nachfrage nach den für den Bergbau bringend notwendigen Arbeitskräften noch eher im Steigen begriffen sind. Die Zahl der heimlosen Handwerker, Konfektion und Bureauangestellten sowie Kleinrentner wächst enorm. In einigen Städten Westfalens wurde verurteilt, die heimlosen Angeestellten als Hilfsarbeiter in der Industrie anzustellen, jedoch nur mit minimalem Erfolg. Für die weiblichen Arbeiterinnen stehen wieder neue Entlassungen bevor, auch in den Industrien, wie z. B. in der Textilindustrie, wo die Arbeiterinnen nicht erst seit dem Kriege einseitig sind. Weibliches Säugelkind, ohne daß ein nennenswertes Gegenangebot vorhanden wäre.

Zum Waffenstillstand.

Die Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Genf, 14. Jan. Der oberste Kriegsrat des Bundes trat am Montag zu einer dreitägigen Sitzung zusammen, um die Frage der Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes

Betrifft Stimmzettel!

Freunde der Deutschen Volkspartei

versorgt Euch rechtzeitig mit Stimmzetteln! In allen Gemeinden des Landes, im Süden wenigstens in den Amtsstädten sind Vertrauensmänner der Partei zur Abgabe von Stimmzetteln bereit.

Im Notfall fordert Stimmzettel telegraphisch bei Konsul Mahlstedt in Oldenburg an.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei Oldenburg.

Bilanz vom 31. Dez. 1917.

Mitglieder Anfang 1917: 277
Abgang: 2
Zugang: 2

Bestand Ende 1917: 279.

Bechtaer Spar- u. Darlehnskassenverein

e. S. m. u. S. zu Wechia.
Schewe, Schröder, Bensch, F. Meyer.

Aus dem Felde zurückgeführt, haben wir unsere

Zimmereibeschaefigung

wieder aufgenommen. Saubere Arbeit zuseherend, bitten wir um Zuspruch.

Gehr. Imbusch,
Bechta, Burgstr. 21.

Pferde-Versteigerung.

Am Dienstag, dem 21. Januar, vormittags von 10 Uhr ab, sollen in Steinfeld am Ausgange von Sandorf etwa

75 arbeitsf., überzählige Dienstpferde, darunter auch mehrere Kaltblüter,

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung veräußert werden. Als Zahlungsmittel werden auch Kriegsanleihebescheide bis zur Höhe des Kaufpreises angenommen. Zugelassen werden nur Inhaber von Pferdearten. Händler sind von der Zulassung ausgeschlossen.

Großer Holz-Verkauf

in Echterholz bei Emstef.

Zeller S. Meyer in Echterholz bei Emstef läßt aus

Sonnabend, dem 18. Januar 1919, vormittags pünktlich 11 Uhr anfangend, auf seinem Hofe öffentlich meistbietend mit längerer Zahlungsfrist verkaufen:

150 Stämme schwere Eichen bis 80 cm Durchmesser, passend für Baumunternehmer, Stellmacher und Tischler,

300 Stämme schwere Birken, passend für Holzschuhmacher,

12 Stämme schwere Buchen, Nutz- und Brennholz,

80 Nummern Eichen, Nadelstämme und Brennholz,

100 Nummern Birken, Brennholz,

Mit dem Verkaufe der schweren Eichen auf dem Hofe wird zuerst begonnen. Kaufsbedingungen laßt freundlichst ein

Cluppenburg, Johannes Buntin, Rechnungsfeller.

Herrn-Bekleidung

Anzüge Loden-Mäntel
Paletots Loden-Joppen
Hosen Gummimäntel
Westen Arbeitszeug

Stoffe. Nur allerbeste Qualitäten.

M. Schulmann,

38 Achternstr. Oldenburg, Achternstr. 38.

In meiner Cement- und Dachziegel-

fabrik ist der Betrieb wieder aufgenommen.

Ich liefere wieder:

Cementdachziegel mit Doppelfalz und Klopferichluß, schwarz und rot, Cementrohre für Brücken, Höhlen und Abwassergerinnen in allen gangbaren Größen (Normalprofil),

Brunnenteige mit Falz für Brunnen,

Spülsteine in verschiedenen Größen,

Klinksteine, Blodsteine, Treppenstufen, glatt und gerippt,

Fensterbänke, Mauerabdeckplatten u. s. w.

Beste Portland-Cement stets auf Lager zu Tagespreisen.

Dachfenster in verschiedenen Größen.

Lager in Tonrohren und Krippenställen.

H. Bergmann jr.,

Steinfeld i. D. Fernruf Nr. 5.

Generalversammlung

des Pferde-Vericherungsvereins für Goldorf und Umgegend

am Freitag, dem 17. Januar, nachmittags 4 Uhr

anfangend, beim Wirt Frz. Blomendahl in Goldorf.

Tagesordnung: 1. Rechnungsablage. 2. Neuwahlen. 3. Verschiedenes.

Vertrauensmänner und Mitglieder werden dringend ersucht, möglichst vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Geschäftsbücher.

Briefordner, Schnellhefter.

Schreibmaschinen.

Vervielfältiger.

Geldschranke, eiserne Kassetten.

L. Ciliax, Oldenburg,

Schillingstrasse 4.

Ältestes Spezialgeschäft für modernen Bürobedarf.

Nellinghof!

Freitag von 11 bis 4 Uhr:

Geflügel- und Kaninchen-Abnahme

am Bahnhof. Zahle die höchsten Preise.

Bechta, D. Vorherrs.

Bechtaer Spar- u. Darlehns-

Kassenverein.

Die Wertstücke der 8. Kriegs-

anleihe können abgeholt werden.

Große Posten Dielen und Bretter

werden am Freitag, dem 17. Januar, nachmittags

3 Uhr in Dinklage öffentlich meistbietend mit

Zahlungsfrist verkauft bei dem Saale von Wirt

Brebed. Käufer ladet ein

Die Q.-Kommission.

Holz-Verkauf.

Zeller S. Meyer in Norddüllen läßt am

Sonnabend, dem 18. Januar 1919,

nachmittags 1 Uhr anfangend,

ca. 100 Nummern Brennholz,

50 Nummern Latten und

Nadelholz sowie

eine Partie Brennholz (Reifige)

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Käufer verjammeln sich auf „Weischenholz“.

Den geehrten Petrochern von Neuen-

kirchen und Umgebung zur gefälligen Nach-

richt, daß ich mich hier als

Maurer

niedergelassen habe.

Indem ich meinen Kunden prompte, gute

und reelle Arbeit zusichere, bitte ich um ge-

neigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Frz. Larmann,

Maurer.

Crappenhäusen, den 12. Januar 1919.

50 M. Belohnung.

Gestohlen ein guter Damenfranzösel (Stragen und Hüft). Verdächtig sind 2 Feldgraue, größere und kleinere Person, mit weißem Hemd, Gamaschen, Rock und Kofel. Für Überführung der Täter oder Wiederherbeischaffung der Sachen 50 M. Belohnung.

Dr. Heuer, Neuentkirchen i. Dbbg.

Fensterglas

in allen Breiten u. Kitt stets am Lager.

H. Warning, Solthausen bei Wechia.

Christl. Volkspartei (Zentrum).

Deffentliche Versammlung

Holdorf

am Freitag, dem 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Bornhorst Wirtshause.

Redner: Hauptlehrer Rasche-Bechta und Fräulein

Stukenborg-Lohne.

Sämtliche Wähler und Wählerinnen der Gemeinde

Holdorf werden freundlichst eingeladen.

Der Vorstand des Gemeindeausschusses.

Statt besonderer Anzeige.



Nach längerer Ungewißheit erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder und Onkel, der

Gefreite

Hermann Kenneweg,

Inhaber des Eisernen und Friedrich August-Kreuzes,

infolge einer Verwundung am 10. Oktober, im Alter von 21 Jahren fürs Vaterland gestorben ist. Sein Bruder Friedrich ging ihm im Juni 1918 im Felde tode voran.

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Barensch, Goldenstedt, England, Frankreich, den 14. Januar 1919.

Die Gedächtnisfeier findet statt am 26. Januar in der ewangel. Kirche zu Goldenstedt, wozu alle Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres innigstgeliebten unversehrten Sohnes sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Joseph Höllermann und Frau.

Damme, 15. Jan. 1919.

Christliche Volkspartei (Zentrum.)

Deffentliche Volksversammlung

am Freitag, dem 17. Januar 1919, nachmittags 7 1/2 Uhr,

in Grodenkneeten in Lüdens Saal.

Redner: Landwirt Pennemann. Freie Aussprache.

Der Gemeindeausschuss.

Große Zentrums-Versammlung

in Langförden.

Am Freitag, dem 17. Januar 1919, vormittags pünktlich 10 Uhr,

im Hause des Zellers Cordes.

Redner: Landwirt Pennemann aus Brual

Alle Männer und Jünglinge, Frauen und

Jungfrauen der Gemeinde Langförden und Um-

gegend sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorsitzende des Gemeindeausschusses,

Serbers.

Große Zentrums-Versammlung

in Damme im Saale des Herrn S. Droste

am Donnerstag, d. 16. Januar, nachmittags 5 Uhr.

1. Redner Herr Landwirt Pennemann. 2. Redner Herr Oberlehrer Hillenbrichs.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorsitzende des Gemeindeausschusses.

Todes-Anzeige.



Heute mittag um 1 1/2 Uhr starb nach Gottes hl. Willen unsere liebe, herzengute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, unsere gute Schwester, Schwiegerin und Tante, die

Witwe Zeller H. Knälmann

Anna geb. Kriebel.

Sie starb nach einem frommen, arbeitsreichen Leben im Alter von 67 Jahren, mehrmals gestärkt durch die hl. Sakramente. Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Die trauernden Angehörigen.

Harpendorf, Everswinkel, Steinfeld, Rüschendorf, Osterfeine, Hannover, französische Gefangenschaft, den 14. Januar 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 18. Januar, um 9 1/2 Uhr vom Krankenhaus in Steinfeld aus statt, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.